



Kiel, 11. Oktober 2011

Nr.: 4 / 2011

Initiativen, Anträge und Aktivitäten der SPD-Landtagsfraktion

zu den Themen: Rechtspopulismus
 Glücksspiel
 Finanz- und Europapolitik
 Pflegepolitik
 Zusammenarbeit mit Hamburg
 Fraktion vor Ort

Rechtspopulismus

Rechtspopulismus nimmt in Europa und Deutschland an Bedeutung zu. Er ist gefährlicher als Rechtsextremismus, denn er gedeiht unter dem Deckmantel der Bürgerlichkeit. Das bedeutet: Seine Forderungen, sein Gedankengut scheinen oft salonfähig, sind weit verbreitet und werden auch in anderen Parteien gepflegt und zum Teil auch instrumentalisiert. Rechtspopulisten schüren Feindbilder und bieten Scheinlösungen. Dänemarks Grenzkontrollen beispielsweise, die auf Druck der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei eingeführt werden sollten, richteten sich gegen „Ausländer“ (gemeint sind natürlich solche aus nicht-EU-Ländern, insbesondere Muslime) und sollten das individuelle Sicherheitsgefühl der Dänen erhöhen. Das zeigt exemplarisch: Rechtspopulismus reißt die Probleme aus dem Kontext und verkürzt die Sachverhalte.

Wir Sozialdemokraten bekennen uns zu Solidarität, Völkerverständigung und Gemeinwohl. Unsere Werte sind eine Herausforderung für Rechtspopulisten: Die Sozialdemokraten in Norwegen waren auch deswegen Ziel der Attentate, weil sie auf Integration und nicht auf Ausgrenzung setzen.

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Klar ist: Angst wählt rechts. „Abgehängte“, am Rand der Gesellschaft stehende und vom sozialen Abstieg bedrohte Menschen fallen leicht auf die Scheinlösungen der Rechtspopulisten herein. Deshalb müssen wir echte Lösungen für Probleme anbieten: aktive Arbeitsmarkt- und Ausbildungspolitik, Bildungschancen für alle Kinder, soziale Sicherung durch eine solidarische Bürgerversicherung und flächendeckenden Mindestlohn, der ein auskömmliches Leben ohne staatliche Unterstützung garantiert. Wir müssen Menschen einbinden, statt sie weiter auszugrenzen.

Wer Angst schürt, führt den Rechten Stimmen zu. Das sollten wir uns auch für den Wahlkampf vor Augen halten.

In unserer Veranstaltung „Rechtspopulismus in Deutschland und Europa - Die neue Gefahr am rechten Rand?“ am 30. September haben namhafte Referenten das Phänomen Rechtspopulismus politisch und wissenschaftlich erörtert. Wir werden zeitnah die Ergebnisse auf unserer Homepage zur Verfügung stellen.

In der letzten Plenartagung gab es eine ausführliche Debatte über unseren Antrag „Für eine tolerante und offene Gesellschaft, Rechtspopulismus entschlossen entgegentreten!“

(Drucksache 17/1867; alle Drucksachen sind zu finden unter:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/index.html>)

Glücksspiel

Die schwarz-gelbe Mehrheit hat ihr Glücksspielgesetz mit ihrer 1-Stimmen-Mehrheit durch den Landtag gebracht. Auch Einwände aus anderen Bundesländern haben sie nicht davon abgehalten, den Weg für Schleswig-Holstein als „Las Vegas des Nordens“ frei zu machen.

Bereits jetzt haben um die 30 private Anbieter sich beim Innenministerium nach der Lizenzvergabe erkundigt. Zum Vergleich: Weltweit gibt es etwa 80 online-Wett-Anbieter. Das Gesetz sieht keine Einschränkung bei der Anzahl der Konzessionen und der Glücksspiele, die

angeboten werden, vor. Wie man zu Mehreinnahmen – wie von CDU und FDP behauptet – von 60 Mio im Jahr kommen will, konnte auch in der Anhörung nicht belegt werden.

Wenn der Glücksspielstaatsvertrag aufgekündigt wird, besteht die Gefahr, dass wir die bisherigen Abgaben, z. B. aus dem Lottospiel, verlieren – zumindest aber nicht in der bisherigen Höhe aufrecht erhalten können. Das hätte Einbußen für soziale und kulturelle Projekte und für den Sport zur Folge, die von den Konzessionsabgaben profitieren. Die SPD-Landtagsfraktion hat sich deshalb dafür ausgesprochen, den Glücksspielstaatsvertrag beizubehalten und EU-konform auszugestalten. Der EUGH hat nämlich mitnichten das Monopol an sich in Frage gestellt, sondern vielmehr moniert, dass dieses Monopol eben nicht für alle Glücksspiele gilt und somit die damit verbundene Suchtprävention nicht ausreichend greift.

Wir haben deutlich gemacht, dass wir dieses Gesetz - sollten die Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins uns im Mai 2012 die Regierungsverantwortung übertragen - wieder abschaffen werden.

Finanz- und Europapolitik

Mit unserem Antrag „Eine verantwortliche Finanzpolitik für ein starkes Europa“ haben wir eine lebhafteste finanz- und europapolitische Debatte im Landtag angeregt. In unserem Antrag (Drs. 17/1768) fordern wir eine gemeinsame Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ein. Wir wollen eine gemeinsame Verantwortung für ein soziales Europa mit Programmen zur Förderung von Ausbildung, zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen sowie für den Ausbau von Arbeitnehmerrechten. Dazu gehören auch gemeinschaftlich verbürgte Staatsanleihen in der Eurozone. Flankierend sind eine effektive Finanzaufsicht, eine Finanztransaktionssteuer sowie die stärkere Regulierung der Finanzmärkte erforderlich.

Schwarz-Gelb hat diesen auf eine nachhaltige Zukunft der EU bedachten Antrag erwartungsgemäß abgelehnt und einen eigenen Antrag, der lediglich auf die „Staatsverschuldungskrise“ abhebt (Drs. 17/1816), verabschiedet, der keine Folgen haben wird.

Pflegepolitik

Im Bereich Pflege sind wir mit mehreren Anträgen initiativ geworden, weil wir der Meinung sind, dass hier dringend die Rahmenbedingungen verbessert werden müssen. Sonst ist das Ziel, mehr Menschen für Pflegeberufe zu gewinnen, nicht zu erreichen, und der Pflegenotstand bleibt bedrohlich. Der Sozialminister Garg (FDP) hat sich die Pflege auf seine Fahnen geschrieben und erwähnt in fast jeder Pressekonferenz seine Mutter, die Altenpflegerin ist, sowie seine pflegebedürftige Großmutter – aber tatsächlich hat er bisher nichts getan, um die Situation in der Pflege zu verbessern.

Wir haben einen Antrag gestellt, um die Dokumentation zu vereinfachen und zu reduzieren (Drs. 7/1573), weil diese zu viel wertvolle Zeit beansprucht, die besser für die Menschen verwendet würde. In einem weiteren Antrag haben wir die Finanzierung von Umschulungen für Interessierte, die einen Pflegeberuf ergreifen möchten, gefordert (Drs. 17/1594) und wir wollen, dass eine Berufsordnung für Pflegeberufe erarbeitet wird (Drs. 17/993), denn diese gibt es bis heute nicht. Alle diese Anträge, die – bis auf den zur Umschulung – nicht einmal Kosten verursachen, sondern weitgehende Verbesserungen bringen würden, hat die schwarz-gelbe Koalition mit ihrer 1-Stimmen-Mehrheit abgelehnt.

Zusammenarbeit mit Hamburg

Am 26. September hat im Hamburger Rathaus eine gemeinsame Sitzung der beiden SPD-Fraktionen der Hamburger Bürgerschaft und des schleswig-holsteinischen Landtages stattgefunden. Diese wurde in einer gemeinsamen Sitzung der beiden geschäftsführenden



Fraktionsvorstände am 12. September in Kiel vorbereitet. Verabschiedet wurde ein Antrag auf Einrichtung eines gemeinsamen Ausschusses der beiden Parlamente, den jede Fraktion in ihr Parlament einbringt (Drs. 17/1894). Dieser Ausschuss soll aus je 13 Mitgliedern aus den beiden Ländern bestehen und durch institutionalisierte Zusammenarbeit sicherstellen, dass die gemeinsamen Einrichtungen einer regelmäßigen parlamentarischen Kontrolle unterzogen werden. Zudem wird damit auf Parlamentsebene ein Rahmen geschaffen, in dem Potenziale der weiteren Zusammenarbeit ausgelotet werden können.

Ein weiterer Antrag, der parallel eingebracht wird, ist eine EntschlieÙung für ein gemeinsames Korruptionsregister Hamburg-Schleswig-Holstein (Drs. 17/1893). Dieses soll dazu beitragen, dass „schwarze Schafe“, denen bestimmte wirtschaftliche Verfehlungen vorgeworfen werden, nicht mehr an der Vergabe öffentlicher Aufträge beteiligt werden.

Beide Fraktionen verständigten sich auf ein gemeinsames Vorgehen zur Berücksichtigung der Interessen beider Länder im aktuellen Bundesverkehrswegeplan. Sie wehren sich dagegen, dass ein CSU-Verkehrsminister die Südprojekte bevorzugt und den Norden im Regen stehen lässt. Der Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals und die Elbvertiefung wurden ebenfalls als zentrale Projekte für beide Bundesländer benannt. Der Schienenpersonennahverkehr Schleswig-Holstein/Hamburg soll zudem schrittweise entlang von vier Achsen ausgebaut werden, um die steigenden Pendlerströme zwischen den beiden Ländern aufnehmen zu können und eine attraktive Alternative zum Individualverkehr darzustellen. Das bisherige Drei-Achsen-Konzept (Kaltenkirchen-Hamburg, Itzehoe/Elmshorn-Hamburg und Bad Oldesloe-Hamburg) muss langfristig um die Strecke Büchen-Hamburg erweitert werden.

Künftig wollen sich die beiden Fraktionen einmal jährlich treffen - das nächste Mal in Kiel noch vor der Landtagswahl im Frühjahr 2012. Angestrebt werden konkrete Kooperationen. Angesichts der Finanzlage ist es unabdingbar, dass gemeinsame Einrichtungen Effizienzgewinne bringen.



Fraktion vor Ort

Mit unseren auswärtigen Fraktionssitzungen wollen wir gezielt in die Regionen gehen, dort Einrichtungen, Projekte und Betriebe besuchen, mit Genossinnen und Genossen sprechen und Anregungen für unsere politische Arbeit mitnehmen. Wir streben an, zweimal im Jahr solche Sitzungen „vor Ort“ stattfinden zu lassen. Vor der Sommerpause waren wir mit der Fraktion in Ostholstein. Am 31. Oktober/1. November sind wir in Flensburg. Wir besuchen von dort die deutsche Minderheit in Nordschleswig und die Universität und Fachhochschule Flensburg.

Termine

Die nächste Kommunale Runde findet am 8. November um 18.30 Uhr im Landeshaus statt. Auf der Tagesordnung stehen die Themen Landesrahmenvertrag, kommunale Finanzen und Kommunalrecht. Es referieren Ralf Stegner, Wolfgang Baasch, Torsten Albig und Kai Dolgner. Anmeldungen an a.peterson@spd.ltsh.de